S 16 R 1809/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 16 R 1809/16
Datum	17.05.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 BA 2288/18
Datum	18.05.2020

3. Instanz

Datum	19.10.2021
-------	------------

Â

Die Revision des KlÃ¤ggers zuÂ 1. gegen das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 18.Â Mai 2020 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Der KlÃ¤ger zuÂ 1. trÃ¤gt die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der Kosten des KlÃ¤gers zuÂ 2. und der Beigeladenen.

Der Streitwert wird fÃ¼r das Revisionsverfahren auf 5000 Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Streitig ist die Versicherungspflicht des Klägers zu 2. nach dem Recht der Arbeitsförderung in den einzelnen Diensten als Notarzt im Rettungsdienst in der Zeit ab 7.1.2014.

Ä

2

Der Kläger zu 2. ist Facharzt für Anästhesiologie. Er wurde mit Bescheid vom 11.12.2003 in seiner Tätigkeit als Arzt ab 1.12.2003 nach [§ 6 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGB VI](#) von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) befreit. Seit 2007 ist er in einer Klinik des O als Arzt in Vollzeit versicherungspflichtig beschäftigt. Daneben war er ab 7.1.2014 für den Kläger zu 1. als Notarzt im Rettungsdienst tätig.

Ä

3

Kläger zu 1. ist ein DRK-Kreisverband in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sein Landesverband ist ein Träger des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Für die Bereiche O und R in Baden-Württemberg wurde dem Kläger zu 1. die Durchführung des Rettungsdienstes übertragen. Er unterhält entsprechende Rettungswachen mit Fahrzeugen und Ausrüstung. Der Kläger zu 1. ist zudem Träger einer gGmbH, die in Kooperation mit dem Landkreis O die integrierte Leitstelle betreibt, die nach § 6 Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg (RDG BW) die Einsätze im Rettungsdienstbereich lenkt. Die gGmbH, der Kläger zu 1. und das Landratsamt O als Krankenhausträger schlossen darüber hinaus zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst einen Vertrag über die organisatorische Abwicklung des Notarztendienstes, der ua Regelungen zu den Dienstplänen und die Vergütung der eingesetzten Ärzte enthält.

Ä

4

Am 18.8.2014 schlossen die Kläger eine Honorarvereinbarung zum 1.9.2014. Danach konnte der Kläger zu 2. seine verfügbaren Dienste in einem monatlich im Voraus online durch den ärztlichen Leiter des Rettungsdienstes zur Verfügung gestellten Dienstplan anbieten. Der Notarzteinsatz wurde regelmäßig mit von einem Rettungsassistenten des DRK gefahrenen Fahrzeugen des DRK durchgeführt. Der Kläger zu 2. hatte die Notfallpatienten am Einsatzort ärztlich zu versorgen, falls erforderlich während des Transports zum Krankenhaus zu betreuen und zu entscheiden, in welche geeignete Einrichtung sie befördert wurden. Während des Einsatzes war er gegenüber dem Rettungsdienstpersonal in medizinischen Fragen weisungsbefugt. Notwendige Schutzkleidung wurde ihm bei Bedarf zur Verfügung gestellt. Die Vereinbarung

sah eine Vergütung von 30 Euro pro Stunde zuzüglich 40 Euro je geleistetem Einsatz sowie einen Feiertagszuschlag vor. Der Kläger zu 2. hatte dem Kläger zu 1. eine entsprechende Rechnung zu stellen und die Vergütung zu versteuern. Er musste für jeden Einsatz ein Notarztprotokoll erstellen und die relevanten Datensätze eingeben. Er hatte die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten, durfte weder seine Leistungen über Kostenträger oder Patienten abrechnen noch Medikamente auf Rezept für den Rettungsdienst verordnen und war zur regelmäßigen notfallmedizinischen Fortbildung verpflichtet. Die Vereinbarung enthielt zudem Regelungen zur Haftpflicht und Unfallversicherung sowie zur Kündigungbarkeit von beiden Seiten mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende.

Ä

5

Am 19.1.2015 stellte der Kläger zu 2. bei der Beklagten einen Antrag auf Statusfeststellung und legte die an den Kläger zu 1. gestellten Rechnungen über ca zwei bis drei Dienste monatlich, beginnend ab 7.1.2014 bis Februar 2015 vor.

Ä

6

Nach Anhörung stellte die Beklagte gegenüber den Klägern Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der Arbeitsförderung ab 7.1.2014 aufgrund abhängiger Beschäftigung fest. In der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung bestehe wegen voraussichtlichen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze Versicherungsfreiheit (*Bescheide vom 17.8.2015*). Die von beiden Klägern gegen die Versicherungspflicht erhobenen Widersprüche sind erfolglos geblieben (*Widerspruchsbescheide vom 4.4.2016*).

Ä

7

Das SG hat die Klagen verbunden, die Bescheide der Beklagten aufgehoben, soweit darin eine Versicherungspflicht des Klägers zu 2. in der GRV festgestellt wurde und die Klagen im übrigen abgewiesen (*Urteil vom 17.5.2018*). Das LSG hat die dagegen allein vom Kläger zu 1. erhobene Berufung zurückgewiesen. Die notärztliche Tätigkeit des Klägers zu 2. sei maßgeblich durch seine Eingliederung in die Ordnung des Betriebes des Klägers zu 1. geprägt und daher in abhängiger Beschäftigung ausgeübt worden. Der Kläger zu 1. stelle im Rahmen seines Versorgungsauftrags als Träger des Rettungsdienstes die technischen, baulichen und sonstigen Anlagen (ua Meldesystem, Rettungswachen, integrierte Leitstelle) sowie die sachliche (ua Rettungsfahrzeuge) und personelle Ausstattung (ua Rettungssanitäter, Rettungsassistenten) für die Notfallrettung

zur Verfǘgung. Der KIÄ́rger zuÂ 2. sei im Falle einer Alarmierung durch die integrierte Leitstelle verpflichtet, sich âÂ im Regelfall mit einem Fahrzeug des KIÄ́rgers zuÂ 1. und eines bei ihm beschÄ́ftigten FahrersÂ â an den Einsatzort zu begeben. Eine etwaige Notfallversorgung werde gemeinsam mit den BeschÄ́ftigten des KIÄ́rgers zuÂ 1. vorgenommen, denen gegenǘber der KIÄ́rger zuÂ 2. in medizinischen Fragen weisungsbefugt sei. Er Ä́be daher seine notÄ́rztliche TÄ́tigkeit arbeitsteilig in der betrieblichen Ordnung des KIÄ́rgers zuÂ 1. aus (*Urteil vom 18.5.2020*).

Â

8

Mit der Revision rÄ́gt der KIÄ́rger zuÂ 1. eine Verletzung von [Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV](#). Allein aus der umfassenden Nutzung von Organisation, Einrichtung und Betriebsmitteln kÄ́nne nicht auf die Eingliederung in den Betrieb des KIÄ́rgers zuÂ 1. geschlossen werden. Dieser Umstand wohne der Ä́rztlichen TÄ́tigkeit wesensnotwendig inne. Nach der Rechtsprechung des BSG zu HonorarÄ́rzten dÄ́rfe dem âÂ ebenso wie der in der Natur der Sache liegenden fachlichen Weisungsfreiheit der Ä́rzteÂ â fÄ́r die Statusbeurteilung kein maÄ́gebliches Gewicht zukommen. Das gelte auch fÄ́r die aus dem baden-wÄ́rttembergischen Rettungsdienstrecht sowie aus der Natur der Sache folgenden Vorgaben zur Rettungskette. Der KIÄ́rger zuÂ 2. habe keine Rechtspflichten des KIÄ́rgers zuÂ 1. erfÄ́llt. Die letztlich von der zustÄ́ndigen Krankenkasse geschuldete VergÄ́tung sei vom KIÄ́rger zuÂ 1. lediglich aus GrÄ́nden der Verwaltungsvereinfachung abgerechnet und durchgeleitet worden. Die freiwilligen NotÄ́rzte seien mit selbststÄ́ndigen BelegÄ́rzten nach [Â§Â 121 AbsÂ 2 SGBÂ V](#) vergleichbar. Die TÄ́tigkeit sei zudem wegen ZeitgeringfÄ́gigkeit nach [Â§Â 8 AbsÂ 1 NrÂ 2 SGBÂ IV](#) versicherungsfrei. Denn die einzelnen, von vornherein auf lÄ́ngstens 24Â Stunden begrenzten Schichten, seien nach der Rechtsprechung zur Statusbeurteilung jeweils gesondert zu betrachten. Bei Annahme von BerufsmÄ́Ä́igkeit ergebe sich die Versicherungsfreiheit zumindest wegen UnstÄ́ndigkeit aus [Â§Â 27 AbsÂ 3 NrÂ 1 SGBÂ III](#), weil jeder Einsatz auf weniger als eine Woche begrenzt gewesen sei.

Â

9

Der KIÄ́rger zuÂ 1. beantragt, das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÄ́rttemberg vom 18.Â Mai 2020 aufzuheben, das Urteil des Sozialgerichts Freiburg vom 17.Â Mai 2018 zu Ä́ndern und die Bescheide der Beklagten vom 17.Â August 2015 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 4.Â April 2016 insgesamt aufzuheben.

Â

10

Die Beklagte beantragt,
die Revision des Klägers zu 1. zurückzuweisen.

Ä

11

Sie verteidigt die angegriffene Entscheidung.

Ä

12

Die beigelegene Bundesagentur für Arbeit hat mitgeteilt, dass keine Änderung beabsichtigt sei.

Ä

II

Ä

13

A. Die Revision des Klägers zu 1. ist zulässig. Zwar enthält die Revisionsbegründung keinen ausdrücklichen Antrag. Aus den insgesamt im Revisionsverfahren abgegebenen schriftlichen Erklärungen des Revisionsklägers ist aber noch hinreichend klar zu erkennen, welchen Antrag er stellen will (vgl. [§ 164 Abs 2 Satz 3 SGG](#); BSG Urteil vom 13.8.1997 [9 RVs 10/96](#) [juris RdNr 10](#)). Zur Vermeidung von Wiederholungen genügt auch die Bezugnahme auf die Darstellung des Sachverhaltes in der Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde (vgl. BSG Urteil vom 20.12.2011 [B 4 AS 200/10 R](#) [juris RdNr 9](#)).

Ä

14

B. Die Revision des Klägers zu 1. ist aber unbegründet ([§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Zu Recht hat das SG die Klagen gegen die Feststellung der Versicherungspflicht des Klägers zu 2. nach dem Recht der Arbeitsförderung in seiner Tätigkeit als Notarzt im Rettungsdienst abgewiesen und das LSG die Berufung des Klägers zu 1. zurückgewiesen. Die angefochtenen Bescheide der Beklagten vom 17.8.2015 in der Fassung der Widerspruchsbescheide vom 4.4.2016 sind insoweit rechtmäßig und verletzen den Kläger zu 1. nicht in seinen Rechten. Soweit das SG die angefochtenen Bescheide bezüglich der Feststellung der Versicherungspflicht des Klägers zu 2. in der GRV aufgehoben hat, sind sie [mangels Berufung der Beklagten](#) nicht mehr im Streit.

Â

15

Der KlÃ¤ger zuÂ 2. war in den einzelnen Diensten als Notarzt im Rettungsdienst ab dem 7.1.2014 gegen Arbeitsentgelt abhÃ¤ngig beschÃ¤ftigt und deshalb nach [Â§Â 25 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ III](#), [Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV](#) nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung versicherungspflichtig (*dazuÂ 1. undÂ 2.*). Eine Versicherungsfreiheit ergibt sich auch nicht aus anderen Vorschriften (*dazuÂ 3.*). Dies hat die Beklagte auf der ErmÃ¤chtigungsgrundlage des [Â§Â 7a AbsÂ 2 SGBÂ IV](#) zu Recht festgestellt.

Â

16

1.Â Im streitigen Zeitraum unterlagen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschÃ¤ftigt waren, der Versicherungspflicht nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung ([Â§Â 25 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ III](#)).

Â

17

a)Â BeschÃ¤ftigung ist gemÃ¤Ã [Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV](#) die nichtselbststÃ¤ndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhÃ¤ltnis (*SatzÂ 1*). Anhaltspunkte fÃ¼r eine BeschÃ¤ftigung sind eine TÃ¤tigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (*SatzÂ 2*). Nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persÃ¶nlich abhÃ¤ngig ist. Bei einer BeschÃ¤ftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschÃ¤ftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der AusfÃ¼hrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â vornehmlich bei Diensten hÃ¶herer Art â eingeschrÃ¤nkt und zur â funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ verfeinert sein. DemgegenÃ¼ber ist eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÃ¤tte, die VerfÃ¼gungsmÃ¶glichkeit Ã¼ber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÃ¤tigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschÃ¤ftigt oder selbststÃ¤ndig tÃ¤tig ist, richtet sich danach, welche UmstÃ¤nde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prÃ¤gen und hÃ¤ngt davon ab, welche Merkmale Ã¼berwiegen. Die Zuordnung einer TÃ¤tigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschÃ¤ftigung oder selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstÃ¤nde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden.

b)Â Bei der Statusbeurteilung ist regelmÃÃig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, so ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prÃ¼fen, ob mÃndliche oder konkludente Ãnderungen erfolgt sind. SchlieÃlich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prÃ¼fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen Ã¼ber den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des RechtsverhÃltnisses zum Typus der BeschÃftigung oder selbststÃndigen TÃtigkeit vorzunehmen (*stRspr*; vgl zum Ganzen BSG Urteil vom 4.6.2019 âÂ BÃ 12Ã R 11/18Ã RÃ â BSGE 128, 191 =Ã SozR 4â2400 Â§Ã 7 NrÃ 42, RdNrÃ 14Ã f mwN). Diese wertende Zuordnung kann nicht mit bindender Wirkung fÃ¼r die Sozialversicherung durch die Vertragsparteien vorgegeben werden, indem sie zB vereinbaren, eine selbststÃndige TÃtigkeit zu wollen. Denn der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung schlieÃt es aus, dass Ã¼ber die rechtliche Einordnung einer Person âÂ als selbststÃndig oder beschÃftigtÃ â allein die VertragsschlieÃenden entscheiden. Ã¼ber zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfÃ¼gt werden. Vielmehr kommt es entscheidend auf die tatsÃchliche Ausgestaltung und DurchfÃ¼hrung der VertragsverhÃltnisse an (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 âÂ BÃ 12Ã R 11/18Ã RÃ â BSGE 128, 191 =Ã SozR 4â2400 Â§Ã 7 NrÃ 42, RdNrÃ 24; BSG Urteil vom 29.1.1981 âÂ 12Ã RK 63/79 ÂÂ BSGE 51, 164 =Ã SozR 2400 Â§Ã 2 NrÃ 16 =Ã juris RdNrÃ 24).

c)Â Bei Vertragsgestaltungen, in denen âÂ wie hierÃ â die Ãbernahme einzelner Dienste individuell vereinbart wird und insbesondere kein DauerschuldverhÃltnis mit Leistungen auf Abruf vorliegt, ist fÃ¼r die Frage der Versicherungspflicht allein auf die VerhÃltnisse abzustellen, die wÃhrend der AusfÃ¼hrung der jeweiligen EinzelauftrÃge bestehen. AuÃerhalb der EinzeleinsÃtze liegt schon deshalb keine die Versicherungspflicht begrÃ¼ndende âentgeltlicheâ BeschÃftigung iSÃ des [Â§Ã 7 AbsÃ 1 SGBÃ IV](#) vor, weil keine latente Verpflichtung des KIÃrger zuÃ 2. bestand, TÃigkeiten fÃ¼r den KIÃrger zuÃ 1. auszuÃ¼ben, und dieser umgekehrt auch kein Entgelt zu leisten hatte (vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 âÂ BÃ 12Ã R 11/18Ã RÃ â BSGE 128, 191 =Ã SozR 4â2400 Â§Ã 7 NrÃ 42, RdNrÃ 21 mwN; BSG Urteil vom 18.11.2015 âÂ BÃ 12Ã KR 16/13Ã RÃ â BSGE 120, 99 =Ã SozR 4â2400 Â§Ã 7 NrÃ 25, RdNrÃ 19 mwN).

2. Unter Zugrundelegung dieser Maßstäbe und ausgehend von den nicht mit Revisionsrügen angegriffenen und daher bindenden ([ÄSÄ 163 SGG](#)) Feststellungen des LSG überwiegen nach dem Gesamtbild der Tätigkeit die Indizien für eine abhängige Beschäftigung des Klägers zu 2. während der einzelnen Dienste.

Ä

21

a) Dass die Kläger eine selbstständige Tätigkeit vereinbaren wollten, den Vertrag daher als „Honorarvereinbarung“ bezeichneten und bestimmten, dass die Honorare „Einkommen im Sinne der Einkommensteuer“ seien und die Steuer vom Kläger zu 2. abzuführen sei, ist „wie dargestellt“ sozialversicherungsrechtlich nicht ausschlaggebend.

Ä

22

b) Das LSG hat ausgehend von der Honorarvereinbarung vom 18.8.2014 und dem Vorbringen der Kläger zutreffend festgestellt, dass nur jeweils die Erbringung von Einzeldiensten vereinbart wurde. Der Kläger zu 2. bot auf der Onlineplattform des Klägers zu 1. seine Dienste an, die durch den Ärztlichen Leiter des Rettungsdienstes im Bedarfsfall angenommen und entsprechend in den Dienstplan aufgenommen wurden. Erst hierdurch entstand die rechtliche Verpflichtung des Klägers zu 2. gegenüber dem Kläger zu 1., den zugesagten Dienst zu leisten. Der Kläger zu 2. hatte keine Verpflichtung, einen bestimmten Umfang an Diensten zu übernehmen.

Ä

23

Diese rechtliche Bewertung liegt den angefochtenen Bescheiden der Beklagten zugrunde, auch wenn darin die einzelnen Tage der Einsätze des Klägers zu 2. nicht ausdrücklich benannt sind. Grundsätzlich hält der Senat eine Feststellung im Statusfeststellungsverfahren schon dann für hinreichend bestimmt ([ÄSÄ 33 Abs 1 SGB X](#)), wenn sie ausreichend erkennen lässt, dass sie sich auf die Durchführung von Einzelaufträgen zwischen den Beteiligten „beginnend mit dem ersten Tätigwerden“ unter gleichbleibenden Bedingungen bezieht und kein Dauerschuldverhältnis vorliegt (vgl. *BSG Urteil vom 19.10.2021* [BÄ 12 KR 29/19 R](#) zur Veröffentlichung in *BSGE* und *SozR vorgesehen*). Entsprechendes gilt für das Gerichtsverfahren. Legt die Clearingstelle wie hier „ihrer Entscheidung erkennbar die Einzelaufträge ihrer Entscheidung zugrunde, genügt sie den Anforderungen des [ÄSÄ 33 Abs 1 SGB X](#). Im Anfrageverfahren nach [ÄSÄ 7a SGB IV](#) ist die Versicherungspflicht ab Aufnahme der Tätigkeit, dh regelmäßig zukunftsgerichtet festzustellen. Die konkreten Tage der Einzeleinsätze werden in der Regel nicht für weite

Zeiträume im Voraus fest vereinbart.

Ä

24

c) Maßgebend für das Vorliegen von abhängiger Beschäftigung ist, dass der Kläger zu 2. einem Weisungsrecht des Klägers zu 1. unterlag und in einer seine Tätigkeit prägenden Weise in dessen Betriebsablauf eingegliedert war. Die in [Ä 7 Abs 1 Satz 2 SGB IV](#) genannten Anhaltspunkte der Weisungsgebundenheit und der Eingliederung stehen weder in einem Rangverhältnis zueinander noch müssen sie stets kumulativ vorliegen.

Ä

25

aa) Insbesondere bei Hochqualifizierten oder Spezialisten (sog Diensten höherer Art) kann das Weisungsrecht aufs Stärkste eingeschränkt sein. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen Fällen fremdbestimmt sein, wenn sie ihr Gepräge von der Ordnung des Betriebes erhält, in deren Dienst die Arbeit verrichtet wird. Die Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers verfeinert sich in solchen Fällen zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess (BSG Urteil vom 4.6.2019 – [B 12 R 11/18 R](#) – [BSGE 128, 191](#) = *SozR 4-2400 Ä 7 Nr 42, RdNr 29 mwN*).

Ä

26

Ein Weisungsrecht des Klägers zu 1. bestand zumindest insoweit, als die von ihm mit betriebene Rettungsleitstelle dem Kläger zu 2. bestimmte Einsatzorte zuwies, die dieser nach Alarmierung schnellstmöglich aufzusuchen hatte. Diese Weisung wartete der Kläger zu 2. in der Rettungswache des Klägers zu 1. ab und folgte ihr – wie vertraglich vorgesehen (*Ä 2 der Honorarvereinbarung*) – im Regelfall mit Hilfe eines vom Kläger zu 1. gestellten Fahrzeugs inklusive eines bei ihm beschäftigten Rettungssanitäters, der das Fahrzeug zugleich steuerte. Am Einsatzort versorgte der Kläger zu 2. die Notfallpatienten unter Heranziehung der Rettungsmittel sowie des Rettungsdienstpersonals des Klägers zu 1. In medizinischen Fragen war er gegenüber den Rettungsassistenten während des Einsatzes weisungsbefugt (*Ä 3 der Honorarvereinbarung*).

Ä

27

Die auf diese Weise in arbeitsteiliger Zusammenarbeit mit dem Personal des Klägers zu 1. funktionierende – Rettungskette – macht zugleich die

Eingliederung des Klägers zu 2. in die Arbeitsabläufe des Rettungsdienstes und in die vom Kläger zu 1. vorgegebenen Organisationsstrukturen deutlich. Die Weisungsgebundenheit des Klägers zu 2. verfeinert sich hier zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess. Durch die (unentgeltliche) Nutzung dieser Organisationsstrukturen, der Einrichtungen sowie personellen und sächlichen Betriebsmittel des Klägers zu 1. war der Kläger zu 2. in einer seine Tätigkeit prägenden Art und Weise fremdbestimmt in den Rettungsdienstbetrieb des Klägers zu 1. eingegliedert. Dies zeigt sich auch daran, dass er für jeden Einsatz ein Notarztprotokoll zu erstellen, die relevanten Datensätze in das EDV-System des Klägers zu 1. einzugeben und die im Interesse des Klägers zu 1. liegenden Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten hatte (§ 7 der Honorarvereinbarung). Zudem war ihm bei Bedarf die notwendige Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen (§ 6 der Honorarvereinbarung).

Ä

28

bb) Der Einwand des Klägers zu 1., er habe nicht die öffentlich-rechtliche Aufgabe der notärztlichen Versorgung inne, sodass er keine eigenen Leistungspflichten mit dem Notarzteinsatz erfülle, vermag nicht. Der Kläger zu 1. hat einen Vertrag zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst geschlossen und damit die entsprechenden Pflichten vertraglich übernommen. Das zeigt sich auch an dem gewählten Vergütungsmodell, nach dem der Kläger zu 1. die Tätigkeit des Klägers zu 2. anhand der von diesem gestellten Rechnungen vergütete. Wie sich die weitere Abrechnung zwischen dem Kläger zu 1. und den Kostenträgern gestaltete und inwieweit eine Durchleitung der Beträge zur Vereinfachung vorgenommen wurde, ist unerheblich. Der Kläger zu 2. erhielt seine Vergütung ausschließlich vom Kläger zu 1.; eine Abrechnung seiner Leistungen über die Patienten oder deren Kostenträger war ihm nach der Honorarvereinbarung sogar ausdrücklich untersagt (§ 8 Satz 1 der Honorarvereinbarung).

Ä

29

cc) Dass diese Umstände typischerweise eine Rettungskette sind und in der Natur der Sache von Notarzteinsätzen liegen sowie den gesetzlichen (hier des RDG BW) und sonstigen normativen Vorgaben entsprechen, führt nicht dazu, dass diese Aspekte bei der Gesamtwürdigung außer Acht zu lassen wären. Denn für die Frage, ob eine abhängige Beschäftigung vorliegt, sind stets die konkreten Umstände des individuellen Sachverhalts maßgebend. Bei der gebotenen Gesamtabwägung sind sämtliche, auch solche Umstände zu berücksichtigen, die einer Tätigkeit ihrer Eigenart nach immanent, durch gesetzliche Vorschriften oder eine öffentlich-rechtliche Aufgabenwahrnehmung bedingt sind oder auf sonstige Weise in der Natur der Sache liegen. Ihnen ist

nach der Senatsrechtsprechung zwar nicht zwingend eine entscheidende Indizwirkung für eine abhängige Beschäftigung beizumessen; umgekehrt ist eine abhängige Beschäftigung aber auch nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil sich bestimmte Weisungsrechte oder Vorgaben aus der Eigenart der Tätigkeit ergeben oder ihr innewohnen. Indizwirkung gegen eine Beschäftigung und für eine selbstständige Tätigkeit besteht vielmehr dann, wenn bei Verrichtung der Tätigkeit eine Weisungsfreiheit verbleibt, die sie insgesamt als eine unternehmerische kennzeichnet. Denn ob und inwieweit einzelne Umstände einer Tätigkeit an ihrer Natur nach immanent sind, hängt wesentlich mit der zu beurteilenden Tätigkeit und ihrer konkreten Ausgestaltung zusammen. Je enger der übertragene Tätigkeitsbereich abgesteckt ist, weil der Auftrag- oder Arbeitgeber nicht auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten verzichtet, desto weniger Spielraum kann der übertragenen Tätigkeit noch immanent sein. So ist in der Regel auch die strikte Weisungsunterworfenheit klassischer Fabrikarbeiter der Eigenart ihrer Tätigkeit geschuldet. Gerade dies begründet aber ihre Sozialversicherungspflicht und stellt sie nicht infrage (BSG Urteil vom 27.4.2021 – B 12 R 16/19 R – juris RdNr 15 f mwN, zur Veröffentlichung in SozR 4 vorgesehen).

Ä

30

Umgekehrt können so auch Umstände, die in der Natur der Sache liegen, für eine selbstständige Tätigkeit sprechen. Solche sind hier aber gerade nicht in hinreichendem Maße festgestellt oder erkennbar. Die Einzelfallumstände stützen hier in ihrer Gesamtbetrachtung die Bewertung als abhängige Beschäftigung des Klägers zu 2. Er hat seine Arbeitskraft nicht anders als beim Kläger zu 1. angestellte Notärzte eingesetzt und hatte innerhalb der betrieblich vom Kläger zu 1. vorgegebenen Ordnung keine ins Gewicht fallenden Freiheiten hinsichtlich Gestaltung und Umfang seiner Arbeitsleistung innerhalb einzelner Dienste.

Ä

31

d) Das LSG hat keine für Selbstständigkeit sprechenden Anhaltspunkte festgestellt, die mit einem derartigen Gewicht für Selbstständigkeit sprechen, dass sie die Weisungsgebundenheit und Eingliederung des Klägers zu 2. auch nur annähernd auf- oder überwiegen könnten.

Ä

32

aa) Der Kläger zu 2. war keinem nennenswerten Unternehmerrisiko ausgesetzt. Er erhielt eine feste Einsatzpauschale nebst einem festen Lohn für geleistete

Einsatzstunden und hatte keinen Verdienstausschlag zu befürchten. Für ihn bestand auch nicht die Chance, durch unternehmerisches Geschick seine Arbeit so effizient zu gestalten, dass er das Verhältnis von Aufwand und Ertrag zu seinen Gunsten entscheidend hätte beeinflussen können. Das Risiko, vom Kläger zu 1. keine Dienste mehr angeboten zu bekommen, ist für die Statusbeurteilung der Tätigkeit in den jeweils gesondert zu betrachtenden Einzeldiensten irrelevant. Denn aus dem Risiko, außerhalb der Erledigung einzelner Dienste zeitweise die eigene Arbeitskraft gegebenenfalls nicht verwerten zu können, folgt kein Unternehmerrisiko bezüglich der einzelnen Einsätze (vgl. BSG Urteil vom 18.11.2015 – BÄ 12 KR 16/13 R – BSGE 120, 99 – SozR 4-2400 § 7 Nr. 25, RdNr. 36 mwN). Zudem hätte dies nach der Honorarvereinbarung wohl zunächst einer Kündigung bedurft (§ 1 Satz 2 und 3 iVm § 11 der Honorarvereinbarung).

Ä

33

bb) Auch der vom Kläger zu 1. angestellte Vergleich mit Belegärzten nach § 121 Abs 2 SGB V spricht nicht für die Selbstständigkeit von Notärzten. Nach dieser Vorschrift sind Belegärzte iS des SGB V nicht am Krankenhaus angestellte Vertragsärzte, die berechtigt sind, ihre Patienten (Belegpatienten) im Krankenhaus unter Inanspruchnahme der hierfür bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Mittel vollstationär oder teilstationär zu behandeln, ohne hierfür vom Krankenhaus eine Vergütung zu erhalten. Abgesehen davon, dass in der Rechtsprechung des Senats offen ist, unter welchen Umständen Belegärzte im Krankenhaus im Einzelnen sozialversicherungsrechtlich selbstständig tätig sind (vgl. BSG Urteil vom 4.6.2019 – BÄ 12 R 11/18 R – BSGE 128, 191 – SozR 4-2400 § 7 Nr. 42, RdNr. 17), ist bereits die Vergütungssituation des Klägers zu 2. nicht mit der von Belegärzten vergleichbar. Der Kläger zu 2. erhielt seine Vergütung vom Kläger zu 1., nicht von den Notfallpatienten oder deren Kostenträgern, und nutzte die vom Kläger zu 1. bereitgestellten Dienste, Einrichtungen und Betriebsmittel ohne hierfür ein Entgelt entrichten zu müssen.

Ä

34

e) Zu einer anderen Statusbeurteilung zwingt auch nicht die zum 11.4.2017 eingeführte Vorschrift des § 23c Abs 2 Satz 1 Nr. 1 SGB IV (idF des Gesetzes vom 4.4.2017, BGBl. I 778). Danach sind Einnahmen aus Tätigkeiten als Notärztin oder Notarzt im Rettungsdienst nicht beitragspflichtig, wenn diese Tätigkeiten neben einer Beschäftigung mit einem Umfang von regelmäßig mindestens 15 Stunden wöchentlich außerhalb des Rettungsdienstes ausgeübt werden. Regelungsgegenstand dieser Bestimmung ist ausdrücklich die Beitragspflicht, nicht die Versicherungspflicht aufgrund von Beschäftigung. Demzufolge entfällt weder das Rechtsschutzbedürfnis für die Klage noch ist

der streitige Statusfeststellungsbescheid ohne Weiteres teilweise erledigt.

Ä

35

3.Ä Der KlÄger zuÄ 2. ist auch nicht aufgrund anderer Vorschriften von der Versicherungspflicht nach dem Recht der ArbeitsfÄhrderung ausgenommen. Es handelt sich bei seiner TÄtigkeit als Notarzt weder um eine nach [Ä§Ä 27 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ III](#) versicherungsfrei bleibende geringfÄ¼gige BeschÄftigung nach [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SGBÄ IV](#) (dazu a) noch um eine unstÄndige BeschÄftigung iS des [Ä§Ä 27 AbsÄ 3 NrÄ 1 SGBÄ III](#) (dazuÄ b).

Ä

36

a)Ä Nach [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SGBÄ IV](#) ist eine BeschÄftigung geringfÄ¼gig, wenn

Ä

Ä

Â

37

Die beiden Fallgruppen der Nr. 1 oder 2 des [Â§ 8 Abs. 1 SGB IV](#) unterscheiden sich dadurch, dass entgeltgeringfügige Beschäftigungen (Nr. 1) regelmäßig und zeitgeringfügige Beschäftigungen (Nr. 2) nur gelegentlich ausgeübt werden (BSG Urteil vom 11.5.1993 [12 RK 23/91](#) [SozR 3-2400 Â§ 8 Nr. 3 S. 11 f, mwN](#)) und nach ihrer Eigenart oder vertraglich im Voraus auf eine bestimmte Anzahl von Monaten oder Arbeitstagen im Kalenderjahr begrenzt sind (vgl. BSG Urteil vom 24.11.2020 [B. 12 KR 34/19 R](#) [BSGE 131, 99](#) = [SozR 4-2400 Â§ 8 Nr. 9, RdNr. 12](#)). Als regelmäßig ist dabei eine Beschäftigung anzusehen, die bei vorausschauender Betrachtung (vgl. [B. 7/4122 S. 43](#)) von vornherein auf ständige Wiederholung gerichtet ist und über mehrere Jahre hinweg ausgeübt werden soll. Für das Vorliegen von Regelmäßigkeit kommt es dabei nicht darauf an, ob die jeweiligen Arbeitseinsätze im Rahmen eines Dauerarbeitsverhältnisses von vornherein feststehen oder von Mal zu Mal vereinbart werden (BSG Urteil vom 7.5.2014 [B. 12 R 5/12 R](#) [SozR 4-2400 Â§ 8 Nr. 6 RdNr. 21 mwN](#); BSG Urteil vom 23.5.1995 [12 RK 60/93](#) [SozR 3-2400 Â§ 8 Nr. 4 S. 20](#)).

Â

38

Die Beschäftigung des Klägers zu 2. war wegen der von vornherein absehbaren Überschreitung der Entgeltgrenze von 450 Euro monatlich nicht nach [Â§ 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV](#) geringfügig. Die Tätigkeit war auch nicht zeitgeringfügig iS des [Â§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#), denn sie war bei vorausschauender Betrachtung (vgl. BSG Urteil vom 24.11.2020 [B. 12 KR 34/19 R](#) [BSGE 131, 99](#) = [SozR 4-2400 Â§ 8 Nr. 9, RdNr. 13](#)) von vornherein auf ständige Wiederholung der Einzeldienste angelegt und auch weder in den Einzelvereinbarungen noch im Rahmenvertrag auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen im Kalenderjahr

begrenzt.

Â

39

Zwar war der KIÄrger zuÂ 2. frei in der Ä¼bernahme von konkreten Terminen, aber die geschlossene Honorarvereinbarung stellt einen Rahmenvertrag dar, der die einzelnen EinsÄrtze in eine auf Dauer angelegte Rechtsbeziehung einbettet. Diese Rahmenvereinbarung gilt unabhÄngig von den jeweiligen AuftrÄngen zeitlich unbegrenzt und sieht ein gesondertes KÄ¼ndigungsrecht mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende vor (*Ä§Ä 11 der Honorarvereinbarung*). Dabei war der Rettungsdienst des KIÄrgers zuÂ 1. nach seiner Eigenart systematisch und strukturell so organisiert, dass die Ä¼bernahme von Notarztdiensten ohne erkennbare zeitliche Begrenzung angeboten wurde. Die BeschÄftigung des KIÄrgers zuÂ 2. ist daher eine regelmÄÙige und zeitlich unbegrenzte, auch wenn jeweils nur limitierte EinzeleinsÄrtze individuell verabredet wurden.

Â

40

b)Â Die TÄrtigkeit des KIÄrgers zuÂ 2. als Notarzt war auch nicht nach [Ä§Ä 27 AbsÄ 3 NrÄ 1 SGBÄ III](#) versicherungsfrei im Recht der ArbeitsfÄrderung. Nach dieser Vorschrift bleibt eine unstÄndige BeschÄftigung versicherungsfrei, die berufsmÄÙig ausgeÄbt wird. UnstÄndig ist eine BeschÄftigung, die auf weniger als eine Woche der Natur der Sache nach beschrÄnkt zu sein pflegt oder im Voraus durch Arbeitsvertrag beschrÄnkt ist. Das Erfordernis der BerufsmÄÙigkeit setzt voraus, dass die Ä¼bernahme typischerweise bei stÄndig wechselnden Arbeitgebern ausgeÄbtenÄ Ä¼ unstÄndigen BeschÄftigungen zeitlich oder wirtschaftlich den Schwerpunkt der ErwerbstÄrtigkeit bilden (*vgl BSG Urteil vom 28.5.2008 ÄÄÄ BÄ 12Ä KR 13/07Ä RÄ ÄÄÄ juris RdNrÄ 25*). Die TÄrtigkeit als Notarzt im Rettungsdienst stellte jedoch nicht die HaupttÄrtigkeit des KIÄrgers zuÂ 2. dar, der vielmehr eine Vollzeitstelle als Krankenhausarzt innehatte.

Â

41

C.Â Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä§Ä 197a AbsÄ 1 SatzÄ 1 TeilsatzÄ 3 SGG](#) iVm [Ä§Ä 154 AbsÄ 2](#), [Ä§Ä 162 AbsÄ 3 VwGO](#) und berÄcksichtigt, dass der KIÄrger zuÂ 2. keine AntrÄge gestellt hat.

Â

42

D.Â Die Streitwertfestsetzung beruht auf [Ä§Ä 197a AbsÄ 1 SatzÄ 1 TeilsatzÄ 1 SGG](#)

iVm [Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1](#), [Â§Â 52 AbsÂ 2](#) und [Â§Â 47 AbsÂ 1 GKG](#).

Erstellt am: 21.04.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024